Zeitschrift: Schweizer Kunst = Art suisse = Arte svizzera = Swiss art

Herausgeber: Visarte Schweiz

Band: 114 (2012)

Heft: -: Künstler in Bewegung = Artistes en mouvement = Mobilità degli artisti = Artists on the move

Artikel: Alleine kann das keiner bewältigen : ...es wäre für alle einfacher wenn mehr Menschen daran arbeiten würden = Personne ne peut y arriver seul : ...mais ce serait plus facile si davantage de gens y travaillaient

Autor: Gross, Andreas / Meszmer, Alex

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-624879

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ALLEINE KANN DAS KEINER BEWÄLTIGEN

... es wäre für alle einfacher, wenn mehr Menschen daran arbeiten würden.

Andreas Gross im Gespräch mit Alex Meszmer

Der Schweizer Politikwissenschafter und Historiker Nationalrat Andreas Gross vertritt die Schweiz seit 1995 im Europarat. Als einer von wenigen Schweizer Politikern ist er direkt mit Fragen zur europäischen Politik in Berührung und setzt sich – unter anderem als internationaler Wahlbeobachter – für direkte Demokratie und die demokratischen Rechte aller Menschen ein. Das Interview mit Andreas Gross beleuchtet den historischen Hintergrund für die Entwicklung der Beziehungen der Schweiz zu Europa, Fragen nach einer gemeinsamen europäischen Kultur und welche Rolle Kultur oder Künstlerinnen und Künstler in der Gestaltung eines gemeinsamen Europas spielen könnten.

AM: Warum ist das Verhältnis der Schweiz zu Europa so schwierig?

AG: Die Schweizerinnen und Schweizer sind sich nicht bewusst, dass die moderne Schweiz ihre Existenz Europa zu verdanken hat. Die einzige gelungene bürgerliche Revolution in Europa im Jahr 1848 fand in der Schweiz statt. Wenn man genau sein will, hat die Revolution in der Schweiz bereits 1847 begonnen, als einzelne Protagonisten der Schweizer Revolution gespürt haben, dass im Jahr 1848 in ganz Europa viel passieren wird. Die Schweiz würde die Revolution nicht überleben, wenn sie ihre eigene nicht bereits hinter sich gebracht hätte. Deswegen haben die radikalen Liberalen ganz bewusst den Bürgerkrieg gegen die Konservativen gesucht und es im November 1847 zur Eskalation kommen lassen.

AM: Du meinst den Sonderbundskrieg?

AG: Genau. Ein amerikanischer Historiker hat über diesen Bürgerkrieg geschrieben, es sei «a very civil civil war» gewesen. General Dufour hat seine Soldaten angewiesen, möglichst wenig Gegner zu töten und die Nummer zwei des Schweizer Militärs, der spätere Bundesrat Ochsenbein hat die Stadt Luzern nicht anzünden lassen, weil solche Gewaltakte nie vergessen und sich die unterliegenden Menschen nicht in einen Bundesstaat integrieren lassen würden. Im Januar 1848 haben konservative Luzerner, die den Sonderbundskrieg verloren hatten, aus ihrem Exil in Domodossola den Fürsten Metternich um die versprochene Hilfe gebeten. Metternich hatte aber keine militärischen Ressourcen frei, weil die Demokraten im eigenen Reich mit der Revolution begonnen hatten. Die Revolution brach im Februar aus, erfasste ganz Europa, und in Budapest, Prag, Paris, Mailand und Berlin haben die Demokraten verloren. Aber weil sie die Revolution versucht hatten, konnte Metternich nicht in der Schweiz aufräumen und der Schweizer Sieg gab der Niederlage der Demokraten im restlichen Europa einen Sinn. Dieser Hintergrund schafft einen anderen Blick auf das Thema Schweiz und Europa.

AM: In diesem Sinn ist die Schweiz also so etwas wie ein politischer Motor für die Demokratie in Europa?

AG: Ja – ohne Europa gäbe es die heutige moderne Schweiz nicht und die Schweiz nimmt eine Pionierrolle der Demokratie in Europa ein. Die Schweizer haben im Jahr 1848 ein Parlament gewählt und über die Verfassung abgestimmt. Später haben sie die direkte Demokratie erkämpft – 1871 das Referendum und 1891 das Initiativrecht. Die Erfahrungen mit den Unzulänglichkeiten der repräsentativen Demokratie konnten andere Europäer erst im 20. Jahrhundert machen. Die offene Schweiz wollte 1848 nicht einfach einen privilegierten Zustand erreichen, sondern den Grundstein für ein demokratisches Europa legen. Daher

stimmt, was du gesagt hast, dass die Schweiz eine Art Motor war. Die anderen Europäer haben die Schweiz auch so verstanden. Deswegen hat Freiligrath Gedichte geschrieben, in denen es in den Bergen anfängt zu blühen und glühen. In der Literatur hat sich diese Schweizer Pionierrolle niedergeschlagen.

AM: Warum spürt man von dem europäischen Impetus der Schweiz heute nichts mehr?

AG: Der deutsch-französische Krieg war 1870/71 der Anfang vom Ende dieses 1848er Geistes. Es war der erste Krieg seit der Existenz des Schweizerischen Bundesstaats zwischen den beiden Referenzkulturen und hat der Neutralität eine innenpolitische Dimension gegeben. Die Neutralität der Schweiz hatte der russische Zar 1815 während des Wiener Kongresses im Interesse aller europäischen Grossmächte vorgeschlagen, als Grundbedingung für die Anerkennung der Schweizer Staatlichkeit im Interesse der Grossmächte. Preussen, Russland, England, die Habsburger und die Franzosen wollten nicht, dass die Schweiz ein Ort der Anderen wird. Die Neutralität war eine aus strategischen Gründen aussenpolitisch aufgedrückte Notwendigkeit.

1871 bis 1945, während der drei grossen Kriege in Europa, die immer zwischen den beiden Referenzkulturen Deutschland und Frankreich stattgefunden haben, hat die Neutralität eine innenpolitische Überlebensdimension bekommen. Deswegen hat unser Land zwischen 1870 und 1945 an europäischer Bedeutung verloren und sich eingeigelt. Selbstverständlich überlebte die Schweiz den zweiten Weltkrieg, weil man sich allen gegenüber nützlich gemacht hat. Im realen Leben hat man «grausam klug» gehandelt, wie Dürrenmatt sagte. Nachdem es gelungen war grausam klug zu handeln, hat man sich aber nie eingestanden, dass man notgedrungen unmoralisch gehandelt hatte.

Die Schweiz hat danach die politische Dimension der europäischen Integration vollkommen verkannt. In einem belgischen antifaschistischen Widerstandsblatt von 1942 steht, Europa solle nach dem Krieg das Gleiche machen wie die Schweiz 1848 und einen europäischen Bundesstaat gründen. Aber die Schweizer meinten nach 1945, darum müssten sie sich nicht kümmern, sie könnten wie stets seit 1870 alles am besten allein überleben. Damit ist die Tragik des Verhältnisses Schweiz–Europa zusammen gefasst.

AM: Ist nicht auch eine Grundproblematik der EU an sich, dass sie eigentlich von einem Wirtschaftsraum ausgeht und nicht von einer «Willensnation»?

AG: Die Demokraten und Revolutionäre sind im zweiten Weltkrieg in ihren Gefängnissen gesessen und haben sich Europa vorgestellt ...

AM: Das ist ein interessantes, fast ein schönes Bild.

AG: Sie haben gewusst, dass in Europa etwas Neues entstehen muss, das verhindert, dass es zu einem dritten Weltkrieg kommt. Sie haben sich einen föderalistischen demokratischen Bundesstaat auf Verfassungsbasis vorgestellt. Warum ist es nie dazu gekommen? Der Nationalismus, der immer der Vater des Krieges ist, hatte den Weltkrieg intakter überlebt, als es sich die Pioniere vorstellen konnten. Sie meinten 60 bis 100 Millionen Tote, die seit 1914 Europas Gewalten zum Opfer fielen, hätten den Nationalismus ausreichend diskreditiert, so dass die Vorstellung Souveränität zu teilen und auf verschiedenen Ebenen anzusiedeln für sie selbstverständlich war. Aber das war bei der Mehrheit der Europäer nicht der Fall. Der kalte Krieg und die neue Systemkonkurrenz zwischen der Sowjetunion und den USA gab Europa gar nicht die Souveränität, sich eine eigene Verfassung zu geben. Ausserdem wollten es die beiden Grossmächte nicht. Jean Monnet und Robert Schuman, die Väter der EU, hatten gemerkt, dass ein Verfassungs-Europa historisch nicht möglich ist, und die Grundidee der europäischen Integration anders verwirklicht werden muss. Also hat man statt einer Verfassung einen Vertrag gemacht. Eine Verfassung ist eine Vereinbarung zwischen den Bürgern. Ein Vertrag ist eine Vereinbarung zwischen den Regierungen, der das Parlament noch zustimmen muss. Man kann das relativ einfach durchführen. Statt die Politik vorauszuschicken, hat man die Wirtschaft benutzt und die Kernindustrien der kriegführenden Staaten fusioniert, damit sich die Staaten nicht mehr bedrohen können.

Europa hat eine segensreiche Kraft auch für die Bürger entwickelt, aber es ist ein Eliteprojekt geblieben. Die Pioniere hätten sich nie vorstellen können, dass man einmal eine gemeinsame Währung ohne gemeinsame Demokratie und eine gemeinsame Wirtschafts- und Steuerpolitik hätte – die eigentlichen Voraussetzungen für eine funktionierende Währung. Man muss auf die Vorgeschichte verweisen um zu erkennen, dass der Weg der EU ein Umweg gewesen ist.

AM: Ist das Hauptproblem zwischen der EU und der Schweiz, dass die politischen Kulturen so entgegengesetzt sind?

AG: Ja, in dem Sinn, dass die Kontinuität von 1848 bestehen blieb. Wir hatten das Privileg, dass die Schweiz eine direkte Demokratie geworden ist. Diese Errungenschaft will man nicht verlieren, aber – und das ist entscheidend – ein Nein zu Europa und zur transnationalen Ebene schützt die direkte Demokratie zuhause auch nicht. Die Krise der Demokratie besteht darin, dass der Nationalstaat immer weniger Autonomie hat um selbstständig Probleme zu lösen. Ein Nein zu Europa ist kein Ja zu einer guten Demokratie. Das Ja zu einem reformierten, umgebauten Europa wäre das Richtige.

Wenn die Demokratie auch in Zukunft auf den Nationalstaat beschränkt wird, wird sie erodieren, so wie der Staat und die staatliche Autonomie erodieren. Man kann sagen, dass heute kein Staat allein die Wirtschaft sozial- und umweltverträglich regulieren kann. Da ist auch die EU zu klein. Nur ist die EU ein wesentlicher Faktor und es braucht eine Globalisierung der Demokratie, die anders verlaufen wird, als einfach die Bildung eines grossen Staates. Die Demokratisierung der EU ist ein wesentlicher Schritt. Die EU braucht nicht nur mehr Demokratie, sondern die Demokratie braucht auch die EU, weil die Demokratie ihr Versprechen nur etablieren kann, wenn sie die transnationale Ebene erfasst. Der Nationalstaat ist nicht die letzte Etappe der Demokratie.

AM: Sind Bewegungen wie Stuttgart 21 und Occupy Anzeichen für Demokratisierungsbewegungen, die eine Veränderung in Gang setzen?

AG: Der spanische Widerstand ist eigentlich der reifste, weil er eine echte Demokratie will und Demokratie als unvollendetes Projekt nicht vergessen hat. Stuttgart 21 ist aus zwei Gründen wichtig: die Schweizer Minarettinitiative hat die direkte Demokratie in Deutschland vollkommen diskreditiert. Stuttgart 21 steht heute für die Einsicht vieler Deutscher, dass man das repräsentative System um direkt demokratische Elemente ergänzen sollte. Auf der anderen Seite zeigen die europäischen Bewegungen und Occupy, dass das Wesentliche der Demokratie entlaufen ist und sich die Ökonomie schon lange aus dem Zugriffsbereich der Demokratie verabschiedet hat. Demokratie ist die einzige Möglichkeit eine vernünftige politische, öffentliche Ordnung zu schaffen. Aber die Ausgestaltung der Demokratie ist unzulänglich. Sie muss sich weiter entwickeln um die heutige Welt zu demokratisieren, das bringt Occupy zum Ausdruck.

AM: Aber fehlt es in Europa nicht an einer gemeinsamen Kultur?

AG: Es braucht ein gemeinsames Rückgrat über das Verständnis von Politik. Es stimmt, das ist ein grosses Problem, das unterschätzt wird. Viele Europäer leiden unter dem herrschenden nationalen Zentralismus und können sich gar nicht vorstellen, dass Europa anders als zentralistisch gebaut werden könnte. Zum Dezentralen oder Föderalistischen gehört, dass kleinere Einheiten autonome Handlungsmöglichkeiten haben: Steuern, Kulturpolitik, Gesundheitspolitik können national oder regional bleiben und müssen nicht alle vollständig in Brüssel bestimmt werden.

Es braucht eine gemeinsame politische Kultur im Sinne eines gemeinsamen politischen Rückgrats, aber die Vielfalt der politischen Äste muss erhalten bleiben. Das heutige Markteuropa bringt viel mehr Einförmigkeit hervor, als dies ein bundesstaatlich integriertes Europa tun würde, das möglichst viel Entscheidungsgewalt beim Bürger beliesse.

AM: Mit einer gemeinsamen Kultur meine ich auch, europäisch denken zu lernen. Bei den europäischen Künstlerverbänden erlebe ich immer wieder, dass nationales Denken vorherrscht und kaum jemand europäisch denken kann.

AG: Und das in der Kunst! Das ist doch absurd! Es gibt doch nichts Transnationaleres als Kunst! Die Künstlerinnen und Künstler wären prädestiniert, einerseits die Irrelevanz der nationalen Grenzen zu zeigen und gleichzeitig das Potential der gesellschaftlichen europäischen Integration zu illustrieren! Das sind Gründe, die für die direkte Demokratie sprechen. Es gibt ein politisches und gesellschaftliches Know-how, das traditionell institutionalisierte Politik gar nicht abschöpfen kann, weil Menschen in die politischen Entscheidungsprozesse nicht einbezogen werden. So kann die Politik gar nicht das hervorbringen, was die Gesellschaft eigentlich zu schaffen vermöchte. Die Ausgeschlossenheit der Menschen erlaubt ihnen nicht an Lernprozessen zu partizipieren, die es braucht um adäquate politische Entscheidungen zu treffen. Dafür braucht es eine Gesellschaftsbezogenheit oder eine politische Verantwortung von Künstlern, an solchen gemeinsamen europäischen Demokratieprojekten zu arbeiten und sich an ihnen zu beteiligen. Ich habe manchmal das Gefühl, dass es in der Wissenschaft und der Kunst sehr wenig Unterstützung für die Demokratie gibt. Anscheinend kapitulieren zu viele Menschen vor der Grösse der Aufgabe und versuchen gar nicht erst, einen Beitrag zu leisten. Allein kann das keiner bewältigen, aber es wäre einfacher, wenn mehr Menschen daran arbeiten würden.

AM: Wäre das deiner Meinung nach eine Aufgabe für Künstlerinnen und Künstler?

AG: Viele Schweizer haben einen rousseauschen Reflex, dass Europa zu gross sei für die direkte Demokratie. Aber der kleinste Schweizer Kanton war am längsten undemokratisch, und jeder weiss, dass nicht die Dorfluft, sondern die Stadtluft frei gemacht hat. Man braucht eine gewisse Anonymität um frei zu sein. Das wäre jetzt eine klassische kulturelle Aufgabe, denn es ist eigentlich ein kultureller Einwand, dass Grösse auf die Geografie reduziert wird ohne zu merken, dass Grösse ein kultureller Begriff ist. Schweizer meinen auch, nur sie hätten gerne Volksrechte. Unterwegs in Europa merke ich, dass die Menschen überall in Europa mitbestimmen möchten. Dass die sogenannten Anderen viel weniger fremd sind und uns viel mehr gleichen, dass heute in Europa die gleichen Sehnsüchte und Kritiken allgemein verbreitet sind. Das zu vermitteln und in das Bewusstsein zu holen, kann man als kulturelle Aufgaben verstehen. Künstlerinnen und Künstler könnten einen wesentlichen Beitrag leisten, um solche mentalen Barrieren abzubauen.

Schweizer Künstler kommen mir so vor, als seien sie in einer Phase, vergleichbar mit vielen deutschen Künstlern in der Weimarer Republik. Die Brutalisierung, die in der Schweizer Politik in den letzten fünfundzwanzig Jahren stattgefunden hat, ist so degoutant und abstossend, dass man sich fernhält und die Finger nicht schmutzig machen möchte. Wenn man sich politisch engagiert, muss man sich aber dem Gegenwind aussetzen. Dieser Anstrengung weichen heute viele aus.

AM: Sind die Künstler zu sehr mit sich selbst beschäftigt?

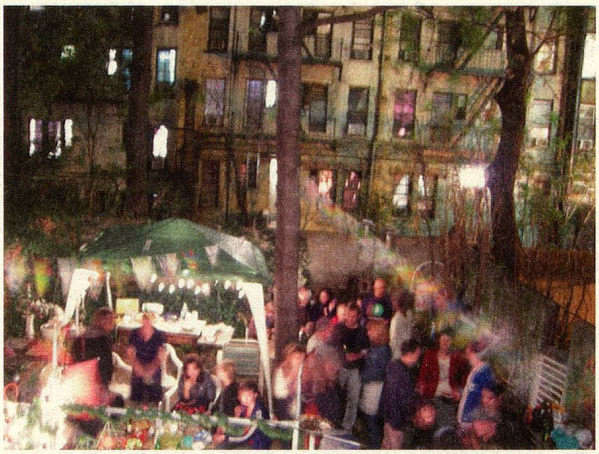
AG: Die Sensibilität von vielen Kunstschaffenden würde sie dazu prädestinieren, dass sie eben auch die Brutalisierung thematisieren würden, die die Schweizer Politik enorm erfasst hat. Die Kluft zwischen dem gesellschaftlichen Potential und dem was die Politik daraus realisiert, ist doch absolut offensichtlich. Die Künstler könnten auf die Kluft aufmerksam machen und den Bürgerinnen und Bürgern sagen: Jetzt macht endlich mal etwas und was anderes daraus! Reduziert euch nicht auf einen Krisendiskurs!

Auf der anderen Seite ist es sicher so, dass im Leben von vielen Schweizer Künstlern Europa eine tägliche Realität ist und die nationalen Grenzen keine Rolle mehr spielen. Sie wollen ja auch in ganz Europa gern gesehen, verkauft oder gelesen werden. Aber sie ziehen daraus keine politischen Konsequenzen: Statt ihre Energie dafür einzusetzen die Politik zumindest einmal mit zu nehmen, überlassen sie diese denen, die auch mit der Kunst nicht viel am Hut haben.

AM: Wo liegen die Grenzen von Europa?

AG: Die Grenzen von Europa sind auf jeden Fall nicht geografisch zu definieren. Das heisst Russland ist ein europäischer Staat, obwohl mehr als die Hälfte ausserhalb von Europa liegt. Das südliche Ufer des Mittelmeers gehört auch dazu. Europa ist überall dort, wo die Kernwerte der europä-

ischen politischen Kultur: Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaat und soziale Markwirtschaft praktiziert, zumindest respektiert werden. Dazu kann die Türkei gehören, die Ukraine, Russland, Marokko, Tunesien oder auch Ägypten wenn sie wollen. Wenn nicht, werden sie versuchen, bewusst etwas zu sein, das das Gute aus Europa herausholt und etwas Nicht-europäisches hinzufügt, zum Beispiel die Bedeutung der Religion auch für die staatliche Ordnung. Auf jeden Fall hat es nichts mit der Geografie zu tun, sondern mit der Organisation und der Umsetzung von Werten, die eigentlich universeller Natur sind und die Würde des Menschen zum Kern haben. Man muss sie nicht überall gleich gebrauchen. Die Umsetzung und Achtung kann unterschiedliche Formen annehmen – auch andere als die in Europa gängigen Formen.



New York (East Village), USA, Red House NYC, Atelier der Stadt Zürich, Foto: Markus und Reto Huber, 2006 / 2007

PERSONNE NE PEUT Y ARRIVER SEUL

... mais ce serait plus facile si davantage de gens y travaillaient.

Propos d' Andreas Gross recueillis par Alex Meszmer

L'historien et Conseiller National suisse Andreas Gross représente la Suisse depuis 1995 au Conseil de l'Europe. Au nombre des rares personnalités politiques suisse élues membres de cette assemblée, il est directement confronté aux questions de la politique européenne et s'engage – entre autres en qualité d'observateur international des élections – pour la démocratie directe et les droits démocratiques de tous les humains. L'interview avec Andreas Gross éclaire l'historique du développement des relations de la Suisse avec l'Europe, les questions relatives à une culture européenne commune et au rôle de la culture ou des artistes dans la construction d'une Europe commune.

AM: Pourquoi le rapport de la Suisse à l'Europe est-il si difficile ?

AG: Les suisses ne sont pas conscients que la Suisse moderne doit son existence à l'Europe. La seule révolution bourgeoise réussie en Europe, en 1848, a eu lieu en Suisse. Si l'on veut être exact, la révolution en Suisse a déjà commencé en 1847, lorsque quelques personnalités de la révolution suisse ont senti qu'il allait se passer de grandes choses en 1848 dans toute l'Europe. La Suisse ne survivrait pas à la révolution si elle n'avait pas déjà la sienne derrière elle. C'est pourquoi les radicaux libéraux ont intentionnellement cherché la guerre civile contre les conservateurs et l'ont laissée éclater en novembre 1847.

AM: Tu veux parler de la guerre du Sonderbund?

AG: Exactement. Un historien américain a écrit à propos de cette guerre civile qu'elle avait été « a very civil civil war ». Le général Dufour a ordonné à ses soldats de tuer aussi peu d'ennemis que possible et le numéro deux de l'armée suisse, le futur Conseiller fédéral Ochsenbein, a interdit de mettre le feu à Lucerne, car de tels actes de violence ne sont jamais oubliés et que la population ne se laisserait pas intégrer dans un Etat fédéral. En janvier 1848, les Lucernois conservateurs, qui avaient perdu la guerre du Sonderbund, ont demandé depuis leur exil de Domodossola au prince Metternich de leur fournir l'aide qu'il avait promise. Mais Metternich n'avait à ce moment aucune troupe disponible, car les démocrates de son propre royaume avaient commencé la révolution. Elle a éclaté en février, s'est propagée dans toute l'Europe et les démocrates ont perdu à Budapest, Prague, Paris, Milan et Berlin. Mais comme ils avaient tenté la révolution, Metternich n'a pas pu faire le ménage en Suisse et la victoire suisse a donné un sens à la défaite des démocrates dans le reste de l'Europe. Sachant cela, on peut considérer autrement la question de la Suisse et de l'Europe.

AM: En ce sens, la Suisse est donc une sorte de moteur politique de la démocratie en Europe?

AG: Oui – sans l'Europe, il n'y aurait pas de Suisse moderne aujourd'hui et la Suisse joue un rôle de pionnière de la démocratie en Europe. Les Suisses ont élu un Parlement en 1848 et voté leur Constitution. Plus tard, ils ont lutté pour obtenir la démocratie directe, le référendum en 1871 et le droit d'initiative en 1891. Les autres Européens n'ont pu faire l'expérience des insuffisances de la démocratie représentative qu'au XXe siècle. La Suisse ouverte, en 1848, ne voulait pas simplement atteindre un statut privilégié, mais poser la première pierre d'une Europe démocratique. C'est pourquoi ce que tu as dit est vrai, la Suisse était une sorte de moteur. Les autres Européens ont d'ailleurs aussi perçu la Suisse ainsi, et Freiligrath a composé des poèmes où la floraison et la lumière viennent des montagnes. Le rôle de pionnier de la Suisse s'est inscrit dans la littérature.

AM: Pourquoi l'élan européen de la Suisse ne se ressent-il plus aujourd'hui?

AG: La guerre franco-allemande a été le début de la fin de l'esprit de 1848. C'était la première guerre depuis le début de l'existence de l'Etat fédéral suisse entre les deux cultures de référence et la neutralité a pris alors une dimension de politique intérieure.

Le tsar de Russie avait proposé la neutralité en 1815 pendant le congrès de Vienne dans l'intérêt de toutes les grandes puissances européennes, comme une condition fondamentale de la reconnaissance de l'Etat suisse dans l'intérêt des grandes puissances.

La Prusse, la Russie, l'Angleterre, les Habsburg et les Français ne voulaient pas que la Suisse appartienne à l'une des autres puissances. La neutralité était une nécessité, elle a été forcée pour des raisons stratégiques de politique extérieure.

De 1871 à 1945, pendant les trois grandes guerres en Europe, qui ont toutes éclaté entre les deux cultures de référence, l'Allemagne et la France, la neutralité a pris une dimension de survie en politique intérieure. C'est pourquoi notre pays a perdu de son importance pour l'Europe entre 1870 et 1945 et s'est enroulé sur lui-même.

Bien entendu, la Suisse a survécu à la deuxième Guerre mondiale car elle s'est rendue utile à tous. Dans la vraie vie, on a agi de manière « atrocement intelligente », comme l'a dit Dürrenmatt. Après y avoir réussi, on ne s'est jamais avoué que l'on avait agi de manière immorale. La Suisse a entièrement méconnu la dimension politique de l'intégration européenne. Un bulletin antifachiste belge de 1942 déclare que l'Europe devrait faire après la guerre comme la Suisse en 1848 et fonder un Etat fédéral européen. Mais en 1945, les Suisses ont trouvé qu'ils n'avaient pas à s'en occuper. Le tragique de cette relation se résume en cela.

AM: Le fait qu'elle est issue d'une raison économique et non « d'une volonté politique » n'est-il pas un problème de fond de l'UE en soi ?

AG: Les démocrates et les révolutionnaires étaient en prison pendant la deuxième Guerre mondiale et imaginaient l'Europe ...

AM: c'est une image intéressante, presque belle.

AG: Ils savaient que quelque chose de nouveau devait naître en Europe, quelque chose qui empêche qu'une troisième Guerre mondiale se produise. Ils se sont imaginé un Etat fédéraliste démocratique constitutionnel. Pourquoi cela ne s'est-il pas réalisé? Le nationalisme, qui est toujours le père de la guerre, avait mieux survécu à la Guerre mondiale que les pionniers ne pouvaient se l'imaginer. Ils pensaient que les 60 à 100 millions de morts qui étaient restés sur les champs de bataille d'Europe depuis 1914 avaient discrédité le nationalisme au point que l'idée du partage de la souveraineté et de son ancrage à divers niveaux aille de soi. Mais ce n'était pas le cas pour la majorité des Européens. La guerre froide et la nouvelle concurrence de système entre l'Union Soviétique et les Etats-Unis n'a pas laissé à l'Europe la souveraineté de se donner une Constitution. Par ailleurs, les deux grandes puissances ne le voulaient pas. Jean Monnet et Robert Schuman, les pères de l'UE, avaient remarqué qu'une Europe constitutionnelle n'était pas historiquement possible, et qu'il fallait concrétiser autrement l'idée de base de l'intégration européenne. On a donc rédigé un contrat au lieu d'une constitution. Une constitution est une convention entre les citoyens. Un contrat est une convention entre les gouvernements que le Parlement doit ratifier. Il peut être relativement simple. Au lieu de passer par la politique, on s'est servi de l'économie et l'on a fusionné les principales industries des Etats belligérants pour qu'ils ne puissent plus se menacer réciproquement. L'Europe a développé une force bénéfique pour les citoyens, mais elle est restée un projet élitaire. Les pionniers ne se seraient jamais imaginé que l'on aurait un jour une monnaie commune sans avoir une démocratie et une politique économique et fiscale communes – les conditions indispensables de fonctionnement d'une monnaie. Il faut renvoyer à l'historique pour reconnaître que la voie de l'UE a été un détour.

AM: Est-ce le principal problème entre l'UE et la Suisse que les cultures politiques soient aussi opposées?

AG: Oui, dans le sens que la continuité de 1848 est restée. Nous avons eu le privilège que la Suisse est devenue une démocratie directe. Il n'est pas question de renoncer à cet acquis, mais un non à l'Europe et au niveau transnational ne protège pas la démocratie directe chez soi. La crise de la démocratie tient à ce que l'Etat national a de moins en moins d'autonomie pour résoudre seul les problèmes. Un non à l'Europe n'est pas un oui à une bonne démocratie. Le oui à une Europe réformée et transformée serait la bonne réponse. Si la démocratie continue à être limitée à l'Etat national, elle va s'éroder, tout comme l'Etat et l'autonomie étatique. On peut dire qu'aujourd'hui, aucun pays ne peut réguler l'économie à lui seul raisonnablement. Même l'UE est trop petite pour cela. Or l'UE est un facteur essentiel et il faut une mondialisation de la démocratie, qui se passera autrement que par la simple constitution d'un grand Etat. La démocratisation de l'UE est une étape essentielle. Non seulement l'UE a besoin de davantage de démocratie, mais aussi la démocratie a besoin de l'UE, car elle ne peut tenir ses promesses que si elle couvre le niveau transnational. L'Etat national n'est pas la dernière étape de la démocratie.

AM: Des mouvements comme Stuttgart 21 et Occupy sont-ils des signes annonciateurs d'une démocratisation capable d'initier un changement ?

AG: La résistance espagnole est en fait la plus mûre, car elle veut une vraie démocratie et car elle n'a pas oublié que la démocratie est un projet inachevé. Stuttgart 21 compte pour deux raisons : l'initiative suisse contre les minarets a complètement discrédité la démocratie directe en Allemagne. Stuttgart 21 représente aujourd'hui l'opinion de nombreux Allemands : il faudrait compléter le système représentatif par des éléments de démocratie directe. D'autre part, les mouvements européens et Occupy montrent que l'essentiel de la démocratie a fui et que l'économie a déjà échappé depuis longtemps à la démocratie. La démocratie est la seule possibilité de parvenir à un ordre politique public raisonnable. Mais l'organisation de la démocratie est insuffisante. Elle doit continuer à se développer pour démocratiser le monde actuel, c'est le message d'Occupy.

AM: Mais ne manque-t-il pas à l'Europe une culture commune?

AG: Il faut une seule épine dorsale de compréhension de la politique. C'est vrai, le problème est grave et sous-estimé. De nombreux Européens souffrent du centralisme national et ne peuvent pas s'imaginer

que l'Europe puisse être construite autrement. La décentralisation ou le fédéralisme implique que les petites unités aient une marge de manœuvre autonome : les impôts, la politique culturelle, la santé publique peuvent rester nationales ou régionales et ne doivent pas être décidés à Bruxelles.

Il faut une culture politique commune au sens d'une épine dorsale politique commune, mais la diversité doit être conservée. L'Europe de marché d'aujourd'hui présente beaucoup plus d'uniformité que ne le ferait une Europe intégrée fédéraliste qui laisserait autant de pouvoir décisionnel que possible aux citoyens.

AM: Une culture commune signifie aussi pour moi apprendre à penser au niveau européen. Dans les associations européennes d'artistes, je vois souvent que la pensée nationale domine et que pratiquement personne ne pense européen.

AG: Et cela dans l'art ! Mais c'est absurde ! Il n'y a pourtant rien de plus transnational que l'art ! Les artistes seraient prédestinés pour montrer d'une part la futilité des frontières nationales et illustrer en même temps le potentiel de l'intégration sociale européenne ! Ce sont les arguments qui plaident pour la démocratie directe. Il y a un know-how politique et social que la politique traditionnelle institutionnalisée ne peut pas exploiter car les gens ne sont pas impliqués dans les processus de décision politiques. C'est pourquoi la politique ne peut pas du tout produire ce dont la société est en fait capable. L'exclusion des gens ne leur permet pas de participer aux processus d'apprentissage nécessaires à des décisions politiques adéquates. Il y faut un engagement sociétal ou une responsabilité politique des artistes, afin qu'ils participent et travaillent à de tels projets de démocratie européens. J'ai souvent le sentiment que la science et l'art fournissent très peu de soutien à la démocratie. Apparemment, trop de gens capitulent devant l'ampleur de la tâche et n'essaient même pas de fournir une contribution. Personne ne peut y arriver seul, mais il serait plus simple que davantage de gens y travaillent.

AM: Quelle serait la tâche des artistes?

AG: De nombreux Suisses ont un réflexe rousseauiste : l'Europe serait trop grande pour la démocratie directe. Mais c'est le plus petit canton suisse qui est resté le plus longtemps antidémocratique et chacun sait que ce n'est pas l'odeur de la campagne, mais celle de la ville qui a permis cette libération. Il faut un certain anonymat pour être libre. Ce serait une tâche culturelle classique, car c'est en fait une objection culturelle de dire que la grandeur est réduite à la géographie sans remarquer qu'elle est une notion culturelle. Les Suisses croient aussi qu'ils sont les seuls à souhaiter des droits populaires. Au cours de mes voyages en Europe, je vois bien que partout, les gens souhaitent participer, que les «autres » sont beaucoup moins étrangers et nous ressemblent beaucoup plus qu'ils ne le croient, que les mêmes souhaits et critiques sont généralement répandus en Europe. Les diffuser et les faire émerger à la conscience peut se concevoir comme une tâche culturelle. Les artistes peuvent fournir une contribution essentielle à la destruction de telles barrières mentales.

Les artistes suisses me semblent se trouver dans une phase comparable à celle des artistes allemands pendant la République Weimar. La politique suisse est devenue de plus en plus brutale au cours des vingt-cinq dernières années ; ce phénomène est si dégoûtant que l'on ne veut pas s'y salir les doigts. S'engager en politique, c'est s'exposer aux vents contraires. Beaucoup rechignent à faire cet effort.

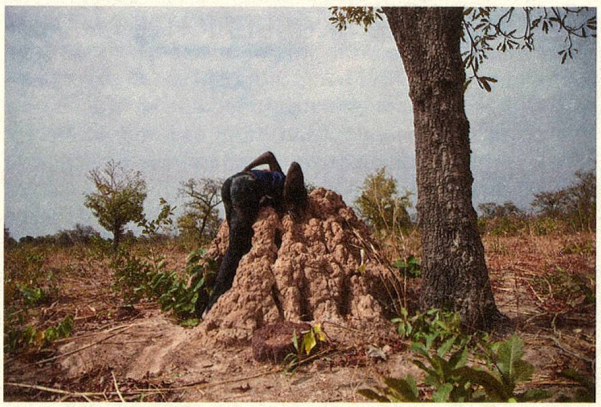
AM: Les artistes sont-ils trop occupés d'eux-mêmes ?

AG: La sensibilité de nombreux créateurs les prédestinerait à thématiser la brutalisation qui a envahi la politique suisse. Le fossé entre le potentiel social et ce que la politique en fait est pourtant absolument patent. Les artistes peuvent attirer l'attention sur ce fossé et dire aux personnalités politiques : faites-en donc quelque chose! Ne vous réduisez pas à un parcours de crise!

D'un autre côté, il est certain que l'Europe est une réalité quotidienne dans la vie de nombreux artistes suisses et que les frontières nationales ne jouent plus aucun rôle. Ils veulent aussi être vus, vendus ou lus dans toute l'Europe. Mais ils n'en tirent pas de conséquences politiques: au lieu de consacrer leur énergie au moins une fois à la politique, ils la laissent à ceux qui ne comprennent pas grand chose à l'art.

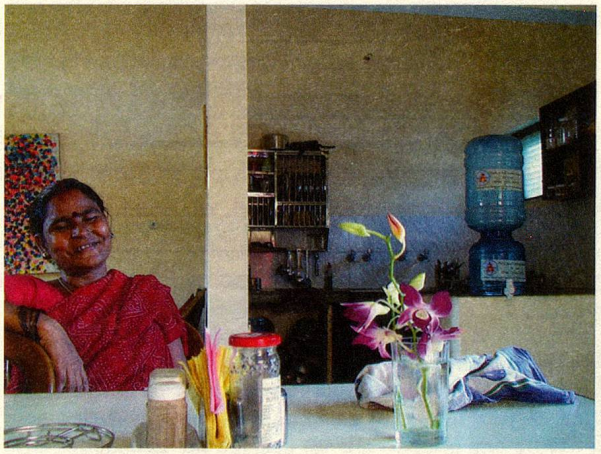
AM: Où se situent les frontières de l'Europe?

AG: Les frontières de l'Europe ne sont en tout cas pas géographiques. La Russie est un Etat européen, même si plus de la moitié de sa surface est en dehors de l'Europe. La côte Sud de la Méditerranée en fait également partie. L'Europe est partout où existent et sont pratiquées les valeurs fondamentales de la culture politique européenne sont pratiquées : droits humains, démocratie, Etat de droit et économie de marché sociale. La Turquie, l'Ukraine, la Russie, le Maroc, la Tunisie ou l'Egypte peuvent en faire partie s'ils veulent. Sinon, ils vont essayer d'être consciemment quelque chose qui extrait ce qu'il y a de bon de l'Europe et qui y ajoute quelque chose de non-européen, par exemple l'importance de la religion. En tout cas cela n'a rien à voir avec la géographie, mais avec l'organisation et la mise en œuvre de valeurs universelles et avec la dignité humaine. On ne doit pas en faire le même usage partout. La mise en œuvre et la reconnaissance peuvent prendre différentes formes – même d'autres que les formes courantes en Europe.



Mali, Atelier de Siby, Canton du Valais, Foto: Sabine Zaalene, ohne Titel, 2011

Yangon, Myanmar (Burma), New Zero Art Space, Foto: Stefan Baltensperger, 2011/2012



Varanasi, Indien, Atelier der Städtekonferenz Kultur (SKK), Foto: Nesa Gschwend, 2009